

Jetzt ist es beschlossene Sache

Nordtangente: Das Planfeststellungsverfahren beginnt

Ahrensburg (ve). Es war eine der längsten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Geschichte, es war eine mit einem hoch emotional beladenen Thema und es war eine mit einem historischen Beschluss: Am Montag hat die Stadtverordnetenversammlung mit 16 Ja- zu 13 Nein-Stimmen beschlossen, dass das Planfeststellungsverfahren für die so genannte Nordtangente beginnt. Die Bürger Ahrensburgs und die Stadtvertreter selber haben es sich dabei nicht leicht gemacht.

Bereits in der Einwohnerfragestunde war schnell erkennbar, welche Emotionen sich mit dieser Straße, deren Bau seit fast zehn Jahren in der Stadt diskutiert wird, verbunden sind. Gegner wie Befürworter der Entlastungsstraße Nordost, wie sie korrekt heißt, führten die Argumente für und wider die Straße auf. So wurden die Argumente der Wirtschaft in Frage und gestellt und der Schutz der Familien im Gartenholz angemahnt. Genauso wurde die Situation der Anwohner an der Bundesstraße 75 geschildert, und damit das Argument verbunden, die Straße sei eine Notwendigkeit für das Wohl der gesamten Stadt. Bürger aus Ahrensfelde schließlich reichten eine Petition ein, in der sie eine Südumgehung für Ahrensfelde und den Hagen forderten und damit wieder bei den Stadtverordneten den Blick für ein Gesamtkonzept, also den Masterplan Verkehr einforderten. Die Stadtverordneten selber suchten sich in zahlreichen Wortbeiträgen gegenseitig zu überzeugen. Dabei ging es auch weniger sachlich zu, so wurde dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Tobias Koch unter anderem von Jörg Hansen (Grüne) vorgeworfen, er hätte darauf hingewirkt, dass Kritiker in der CDU-Fraktion der Sitzung fern blieben, um ein positive Abstimmung nicht zu gefährden. „Sie überschätzen meinen Einfluss“, entgegnete er mit dem Blick auf nicht anwesende Verordnete aus anderen Fraktionen. Karen Schmick von der WAB fürchtete außerdem, das vorliegende Gutachten, das den Bau der Straße empfiehlt, sei ein „Gefälligkeitsgutachten ohne wissenschaftliche Ba-



Tobias Koch (CDU) vor der Versammlung im Gespräch mit Ahrensfeldern. Sie haben eine Petition eingereicht. Foto M. Vech

sis“. Vorwürfe dieser Art wurden von Rafael Haase (SPD), beruflich in diesem Bereich tätig, entkräftet. Inhaltliche Gegenargumente führte Jörg Hansen schließlich an. Der Bau der Nordtangente sei „wirtschaftliches Harakiri“, da einem Flächeverbrauch von 9.500 Quadratmetern, einer Zerstörung eines wertvollen Gewerbegrundstückes im Beimoor-Nord und der Finanzierung von sechs Millionen Euro einer wenig effektiven neuen Straße entgegenstünde. Die Verkehrsprobleme an der B75 seien nur in der kurzen Zeit der Rush hour problematisch und deren Rückgang durch die Neustraße hypothetisch und auch die positive Einschätzung der Wirtschaft und die Stärkung des Standortes Beimoor sei nicht stichhaltig ausformuliert worden. „Dies ist eine Straße auf Pump“, so Hansen. Ähnliche Argumente führte in einem ausführlichen Wortbeitrag auch Marion Claßen (FDP) an. Die so genannten großen Parteien CDU und SPD ließen

sich mehrheitlich aber nicht von den Gegnern überzeugen. „Wir sind es dieser Kommune schuldig, diese Straße zu bauen“, so Rafael Haase. Sie sei Teil eines größeren Ringes um die Stadt und somit vorgezogener Teil des Masterplan Verkehr, den die Stadt gerade erarbeitet. Sie werde nach modernsten Lärmschutzverordnung der Europäischen Union gebaut und somit „wird es ruhiger als vorher, das garantiere ich ihnen.“ Und selbstverständlich sei, dass die Familienwiese der Gartenhölzer, die der Trasse zum Opfer fallen wird, an anderer Stelle ersetzt werde. Die Position der Wirtschaft führte Carola Behr, verkehrspolitische Sprecherin der CDU, an: „Wir können die Grundstücke im Beimoor nicht verkaufen, wenn sie nicht verkehrlich angebunden werden.“ Und die Stadt stünde in diesem Bereich in Konkurrenz zu den umliegenden Gemeinden, die alle Gewerbegebiete ausweisen. Behr führte an, dass die Unternehmen sich dann das Gewerbegebiet

aussuchten, das nahe an der Autobahn liege. Finanzausschussvorsitzender Christian Conring (CDU) ergänzte: „Es gibt deutliche Wünsche aus der Wirtschaft. Und schließlich sind die sozialen Leistungen einer Stadt nur zu finanzieren, wenn Gewerbesteuer-einnahmen fließen.“ die Stadt müsse dafür sorgen, dass diese Unternehmen sich ansiedeln wollen.

Zu Beginn der Debatte hatte bereits Bürgermeister Michael Sarach (SPD) eindeutig Stellung bezogen: „Ich habe in dem einen Jahr meiner Tätigkeit mit mindestens 100 Unternehmen gesprochen. Bei zwei Dritteln dieser Unternehmen stößt die Debatte um den Bau der Nordtangente einfach nur auf Unverständnis.“ Die Wirtschaft brauche diese Straße, gerade auch mit dem Blick auf den neuen Bahnhof Gartenholz und den geplanten Bau zweier Gleise parallel zu den bestehenden Gleisen.

Beschlossen haben die Stadtverordneten - übrigens in namentlicher Abstimmung - den Beginn des Planfeststellungsverfahrens. Damit wird jetzt auf der Basis der bereits erstellten Gutachten neu geprüft, ob und in welcher Form die Straße Sinn macht, 250.000 Euro Planungskosten werden dafür veranschlagt. Alle Träger öffentlicher Belange werden befragt. Insbesondere die Gemeinde Delingsdorf spielt dabei eine Rolle, weil ein Teil der Trasse über ihr Gebiet gehen wird. „Es gibt Gespräche mit dem Bauausschuss und dem Bürgermeister, allerdings keine Beschlüsse“, so Sarach. Am Ende wird das Ministerium in Kiel entscheiden müssen, ob der Bau umsetzbar ist.